

# Sozialistische Freiburger Hochschulzeitung



Jahrgang 1, Nummer 1

20. April 1972

50 Pfennig

## Zur Landtagswahl in Baden-Württemberg

Man stelle sich vor, die Herren Abs und Flick, Quandt und Oetker stellten sich mit ihren Kollegen vom Finanzkapital und mit ihrem Nachtrab aus mittleren und kleineren Kapitalisten vor die Massen und erklärten: "Wir haben bisher in Westdeutschland geherrscht und wir wollen weiter herrschen. Wir brauchen die politische Herrschaft, um weiterhin das Millionenheer von Arbeitern und Angestellten ausbeuten zu können und wir verwenden unsere Profite, um auch die Werktätigen anderer Länder zu unseren Lohnarbeiter zu machen und Mehrwert aus ihnen herauszupressen. Darum ihr Arbeiter und Angestellten, ihr notleidenden Bauern und kleinen Beamten, gebt uns bei der nächsten Wahl eure Stimme! WÄHLT KAPITALISTENKLASSE!"

Mit einem solchen Aufruf würden diese Herren zwar die Wahrheit sagen, aber kaum Stimmen bekommen. In den Wahlergebnissen würde deutlich, ein wie lächerlich kleiner Haufen die herrschende Kapitalistenklasse ist, und die lohnabhängigen Massen könnten erkennen, wie stark sie sind und sich zum Sturz der Kapitalistenklasse zusammentonnen. Die Wahrheit ist deshalb für die Bourgeoisie eine gefährliche Sache, etwas, was sie fürchtet wie die Pest und mit allen möglichen Verschleierungsmanövern und notfalls auch mit Verboten und Gewalt zu ersticken sucht.

(Kommunistische Arbeiter-Korrespondenz Nr. 8,  
Organ des Kommunistischen Bundes Bremen)

Nächsten Sonntag wird in Baden-Württemberg der neue Landtag gewählt. Die bürgerlichen Parteien führen den Wahlkampf mit größtem Einsatz: Großveranstaltungen, Kleinarbeit auf dem Dorf, Anzeigen, Flugblätter, Plakate, zahllose Wählerinitiativen, Aufrufe und Appelle der "Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens".

### In dieser Nummer:

- ZU DEN LANDTAGSWAHLEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG
- DER KAMPF GEGEN TARIFERHÖHUNG UND PRIVATISIERUNG IN FREIBURG
- PROFESSOREN: BUTTEL DES KAPITALS
- REDAKTIONELLE VORBEMERKUNG

## Redaktionelle Vorbemerkung

Die monopolkapitalistische Ausbildungsreform stellt den Versuch des kapitalistischen Staates dar, die Qualifikationsstruktur den veränderten Verwertungsbedingungen des westdeutschen Kapitals anzupassen. Das Hochschulrahmengesetz ist juristischer Ausdruck der zum Teil schon durchgeführten Maßnahmen; es gewährleistet durch Zentralisierung und Straffung des gesamten Verwaltungsapparates ein einheitliches Vorgehen im gesamten Bundesgebiet.

Neben dem Hauptfeind der Bourgeoisie, der Arbeiterklasse, steht heute die demokratische und sozialistische Bewegung an der Hochschule aus zwei Gründen mit im Zentrum der Angriffe des Kapitals und seines Staates: Zum einen gilt es, die monopolkapitalistische Ausbildungsreform reibungslos durchzusetzen, um der sich verschärfenden Konkurrenz der imperialistischen Staaten weiterhin gewachsen zu sein und die Stellung des westdeutschen Imperialismus auf dem Weltmarkt weiter auszubauen; zum anderen ist die Hochschule Ort des aktiven demokratischen Kampfes, von dem die demokratische und sozialistische Bewegung in der BRD wichtige Impulse erhält, materielle Unterstützung bezieht und an Kraft und Stärke gewinnt.

Der bürgerliche Staat geht heute verschärft daran, diese Bewegung zu unterdrücken durch die Liquidierung der von der Studentenbewegung erkämpften demokratischen Positionen und Rechte, durch die Eliminierung der demokratischen und sozialistischen Studenten und Hochschullehrer, die eine aktive Rolle im antikapitalistischen Kampf innehaben.

Diese administrativen Maßnahmen des bürgerlichen Staates finden ihre sinnvolle Ergänzung in der Formierung reaktionärer Professorenverbände und Studentenorganisationen.

Gegenüber den Angriffen der Bourgeoisie beginnt sich seit dem Wintersemester in Freiburg eine breite demokratische Massenbewegung herauszubilden. Ihren vorläufigen Höhepunkt fand sie in der Kampagne gegen das Berufsverbot für Sozialisten und Demokraten im öffentlichen Dienst, die von den Freiburger UNI-Basisgruppen getragen und organisiert wurde.

Berücksichtigt man, daß an der Freiburger Hochschule erst im WS 71/72 der Versuch gemacht wurde, die in einzelnen Instituten und Seminaren isoliert voneinander arbeitenden Schulungs- und Basisgruppen zusammenzufassen, den bislang zersplitterten Widerstand der Studenten zu einer breiten Abwehrfront gegen die Angriffe des Kapitals und seiner Handlanger an der Hochschule zu organisieren, dann scheint es erstaunlich zu sein, daß die Basisgruppen inzwischen zur entscheidenden politischen Kraft an der Freiburger Hochschule geworden sind. Dies ist dadurch bedingt, daß sie sich durch ihre politische Arbeit in den Instituten, Seminaren verankern konnten und daß in der Studentenschaft eine tiefgehende Unruhe und Empörung über die imperialistischen Verbrechen, den Abbau demokratischer Rechte und die Formierung und Reglementierung des Studiums vorhanden ist.

Die Tatsache, daß die Basisgruppen in den Kampagnen des WS's die organisierende und politische Kraft waren, beweist zudem die Unfähigkeit von MSB-Spartakus und SHB, die unfähig sind, die demokratische Bewegung zu festigen und zu orientieren. Sie stellt die Basisgruppen aber auch vor die Aufgabe, mit aller Kraft die ideologische und politische Auseinandersetzung voranzutreiben, um den kommenden Kampfaufgaben gewachsen zu sein. Die Erfolge dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Aufgabe erst vor kurzem in Angriff genommen worden ist.

Die Politik der Basisgruppen muß von der Perspektive des Bündnisses der fortschrittlichen Intelligenz mit und unter der Führung der Arbeiterklasse aus bestimmt werden und davon ausgehen, daß unter den Bedingungen des Imperialismus die historische Perspektive des demokratischen Kampfes, der demokratischen Kräfte nur im Bündnis mit der Arbeiterklasse zu realisieren ist. Die demokratischen Interessen können voll und ganz nur verwirklicht werden, sofern das Proletariat im Bündnis mit anderen Klassen und Schichten den Sozialismus erkämpft.

Die "Revolutionierung der Studentenschaft" bedeutet für "einen Sozialdemokraten ... erstens die Verbreiterung der sozialdemokratischen Anschaulungen in der Studentenschaft und den Kampf gegen jene Ansichten, die sich zwar 'sozialistisch' und 'revolutionär' nennen, mit dem revolutionären Sozialismus aber nichts gemein haben, und zweitens das Bestreben, jede demokratische Bewegung in der Studentenschaft auszuweiten, sie bewußter und entschlossener zu machen." (Lenin)

Dies ist die Aufgabe der fortgeschrittenen Kräfte in den Basisgruppen und auch dieser Zeitung. Wenn das die Aufgabe der Zeitung sein soll, dann ist klar, daß sie nicht auf natürliche Weise aus der Bewegung an der Hochschule und aus den Basisgruppen hervorwächst, sondern Instrument des Eingreifens in diese Bewegung ist. Die Zeitung darf, will sie die Bewegung vorantreiben, nicht Ausdruck des gegenwärtigen politischen Standes der Basisgruppen sein, sondern muß Ausdruck des Standes der Auseinandersetzung innerhalb der Kommunistischen Bewegung sein.

Vom Charakter der demokratischen Studentenbewegung her, vom Charakter der Basisgruppen als Massenorganisationen antikapitalistischer Studenten her ist klar, daß die Zeitung - soll sie ihre Aufgabe wahrnehmen - nicht das Bewußtsein zum Ausdruck bringen darf, das die Bewegung an der Hochschule von sich selber hat.

Aufgabe der Zeitung muß sein, dazu beizutragen, das Bewußtsein von der Realität bürgerlicher Klassengesellschaft, der Notwendigkeit des Klassenkampfes unter Führung des Proletariats mit dem Ziel der proletarischen Diktatur unter den Studenten herzustellen.

Die Erfahrungen der Kämpfe der Arbeiterklasse, die Gegenstand der Auseinandersetzung der Kommunisten über das Programm der westdeutschen Revolution, ihre Strategie und ihre Taktik sind, müssen für die Kämpfe an der Hochschule fruchtbar gemacht werden. Das heißt, die Zeitung muß insbesondere die Klassenkämpfe des Proletariats und der Werktätigen Freiburgs und die Politik des Kommunistischen Zirkels in Freiburg, des Bundes Kommunistischer Arbeiter, in ihrer Bedeutung für die politische Bewegung an der Freiburger Hochschule darstellen und verarbeiten.

## Zur Landtagswahl in Baden-Württemberg

Fortsetzung von Seite 1

fentlichen Lebens" bestimmen seit Wochen die politische Szenerie. Hört man auf SPD und CDU, dann entscheidet die Wahl über eine historische Stunde, stehen wir vor dem Weg in den Sozialismus oder dem Marsch in die Reaktion.

### Risse im ideologischen Gebäude der bürgerlichen Klassengesellschaft

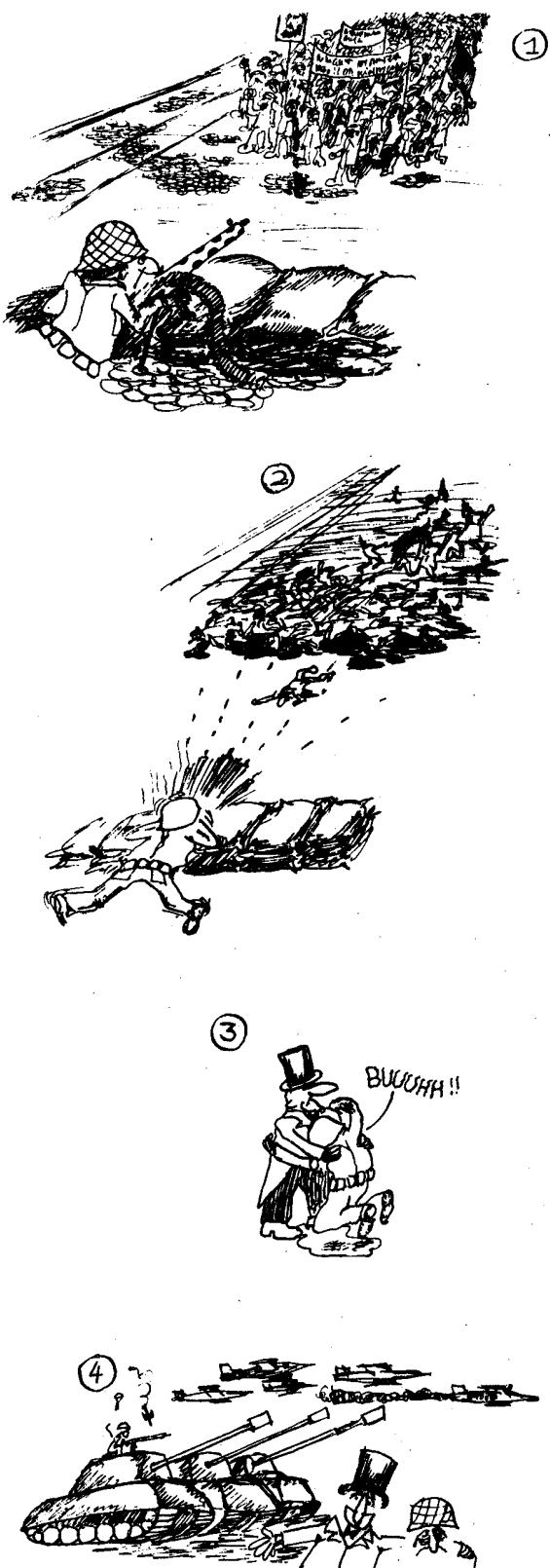
Tatsache ist; Die Arbeiterklasse lässt sich nicht mehr mit jeder Phrase und 'Reform' abspeisen; Tarifabschlüsse können ihr nicht mehr ohne weiteres diktiert werden; sie entwickelt in Tarifrunden, in einzelnen Betrieben und in den Gewerkschaften eigene Forderungen und beginnt organisiert für sie einzutreten.

In anderen Schichten des Volkes entwickeln sich oppositionelle Bewegungen: Die Kampagne gegen den § 218; der Widerstand breiter Teile der Studentenschaft gegen das HRG; Umweltverschmutzung und katastrophaler Zustand des Gesundheitswesens rufen Empörung und Unmut hervor; fortschrittliche Juristen und Ärzte beginnen sich zu organisieren; die Schulen werden in "permanenter Unruhe" gehalten, das "Diskutieren ist wie eine Krankheit, von der sich auch die Lehrer anstecken lassen" (Direktor eines Gymnasiums); die Kampfmoral der Bundeswehr wird zersetzt, die Zahl der Kriegsdienstverweigerer nimmt beträchtlich zu.

Darüber also sind die bürgerlichen Parteien beunruhigt. Sie fürchten die "Unterwanderung von links", sie wittern Sabotage an der "freiheitlichen Grundordnung", sehen überall den "Glauben an die Werte unseres Zusammenlebens" zusammenbrechen und das "Vertrauen in unsere Gesellschaftsordnung" schwanden.

Deshalb entfalten die bürgerlichen Parteien eine ungeheure Propagandaschlacht in diesem Wahlkampf, um diese Risse zu kitten; es gibt keine Lüge, zu der nicht gegriffen wird, wenn sie nur geeignet ist, geschwundenes Vertrauen wieder zu mobilisieren; es gibt kein Versprechen, das man nicht abgeben würde, wenn es nur geeignet ist, den Stimmzettel schmackhaft zu machen. Die bürgerlichen Parteien haben "ein weitverzweigtes, systematisch angewandtes, solide ausgerüstetes System von Schmeichelei, Lüge und Gauerei" entfaltet, "das mit populären Modeschlagwörtern jongliert, den Arbeitern alles mögliche, beliebige Reformen und beliebige Wohltaten verspricht" (Lenin), wenn diese nur zum Stimmzettel greifen, um zu entscheiden, wer von den bürgerlichen Parteien sie in der nächsten Runde im Parlament vertreten und zertreten soll.

Darin sind sich SPD/FDP und CDU vollkommen einig: Es gilt um alles in der Welt zu verhindern, daß die Arbeiterklasse ihre selbständige Klassenpolitik entfaltet; und das bedeutet: Sie sind sich einig darin, daß der Kommunismus die Hauptgefahr ist, daß der Kommunistenhaß geschiürt werden muß.



"ES WAR DAS MILDESTE MITTEL, UM SIE ZUM SCHWEIGEN ZU BRINGEN!"

Überdeutlich ist zu erkennen, daß für die bürgerlichen Parteien die Arbeiterklasse der Hauptaddressat in diesem Wahlkampf ist. Friedenskanzler Willy Brandt redet davon, daß in den Betrieben geholzt werden müsse, daß für seine Friedenspolitik die Betriebe mobilisiert werden müssen; - während von der CDU 1965 auf dem Wirtschaftstag noch zu hören war: "Der Unternehmer muß sich als Schlüsselgestalt der künftigen sozialen Ordnung empfinden", so kündigt sie sich heute an als die "leistungsfähige Partei für die Arbeitnehmer und die neue Mittelschicht" (Union in der Opposition), aktiviert die Sozialauschlüsse und greift direkt in die laufenden Betriebsrätewahlen ein.

Erst recht die SPD: Treffend hat SPD-Innensenator Heinz Ruhnau in den Wahlkämpfen zur Bremer Bürgerschaft festgestellt: "Viele Bürger", so sagt er, "sehen in der Regierung nicht mehr ihren Repräsentanten". Weil Herrn Ruhnau die Ursachen dieses "Vertrauensschwundes" nicht unbekannt sind, machte er alle Anstrengungen auf der Betriebs- und Personalrätekonferenz zumindest zu erreichen, daß die Arbeiter "die SPD-Regierung und die SPD als zwei verschiedene Sachen" ansehen. Kann also ein Arbeiter bei bestem Willen diese Regierung nicht mehr als die seine ansehen, so soll er doch wenigstens die Partei, die diese Regierung stellt, als die seine betrachten.

Die bürgerlichen Parteien können sich nicht mehr darauf verlassen, daß die Arbeiterklasse und die übrige werktätige Bevölkerung die Politik des Kapitals als in ihrem Interesse liegend hinnehmen; die Politik des Kapitals als Politik im Interesse des ganzen Volkes zu verkaufen, das ist aber gerade eine der Aufgaben der bürgerlichen Parteien.

Geht es bei den Verträgen von Warschau und Moskau um die Expansion des westdeutschen Kapitals, so macht die SPD daraus eine "Lebensfrage der Nation"; diese Verträge, die dem Kapital die Märkte des Ostens sichern, sichern nach der SPD "dauerhaften Frieden und menschliche Erleichterungen"; während die Politik der SPD-Regierung im Inneren wie nach außen von den Interessen des Monopolkapitals diktiert war, tritt die Spd im Wahlkampf auf mit der Parole: "Wir Sozialdemokraten sichern Frieden und Fortschritt."

Die SPD macht die Ostverträge zum Hauptgegenstand ihres Wahlkampfes, um den Friedenswillen der breiten Volksmassen auf ihre Mühlen zu lenken.

Die CDU will dagegen nutzbar machen, was sie bewußt in Jahrzehntelanger Hetzpropaganda erzeugt und aufgebaut hat: den ANT Kommunismus aus der Zeit des kalten Krieges. Sie fürchtet, daß die Propaganda der SPD mit den Ostverträgen und die Bedeutung der friedlichen Kooperation mit den verketzerten 'totalitären Systemen' die bewährte Waffe des Antikommunismus stumpf macht. Deshalb warnt sie: "Die ostpolitische Propaganda der SPD ist ein Ablenkungsmanöver, der Wähler soll... die Unterwerfung von links vergessen."

## Machen die Ostverträge den Frieden sicherer?

Die Ostpolitik der SPD-Regierung bedeutet keine grundsätzliche Wende in Fragen der deutschen Außenpolitik. Diese ist nach wie vor die politische Vorbereitung und Absicherung der Expansion des westdeutschen Kapitals. Insofern hat Brandt recht, wenn er behauptet, daß seine Ostpolitik in der Kontinuität der Politik seiner CDU-Vorgänger steht.

Was sich geändert hat, ist die Methode der Expansion.

Adenauer sagte 1953 bei der Eröffnung der "Grünen Woche" in West-Berlin: "Wir können versuchen, solche jungen Bauern, namentlich, wenn sie ziemlich frei sind, dem Bauernstand zu erhalten, damit sie eines Tages wieder mit dazu beitragen können, den Osten zu kolonisieren."

Adenauer forderte 1957 auf: "Wir müssen sehen, daß die Wiederaufrüstung der BRD die Vorbereitung einer Neuordnung Osteuropas sein soll."

Es war also klar: Die Ansprüche des westdeutschen Kapitals auf die "verlorenen Gebiete des Ostens" sollten mit dem Mittel des Krieges durchgesetzt werden.

Heute strebt die westdeutsche Regierung die "Neuordnung" Osteuropas auf dem Wege von Absprachen und Verträgen an. Der westdeutsche Imperialismus hat keinerlei Abstriche von seinen Zielen gemacht. Ausdrücklich hat die SU im Artikel 4 des Moskauer Vertrages festgestellt, daß sie nicht an den Vertragsbindungen der BRD rütteln werde. Sie hat auf diese Weise akzeptiert, daß die BRD nach wie vor eine Wiedervereinigung anstrebt, wie sie in den Pariser NATO-Verträgen formuliert ist: "Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich der der BRD besitzt, und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist."

Auf dieser Grundlage kann die Bundesregierung heute erklären: "Der Vertrag fördert das Zusammenwachsen Europas, da er die Unsicherheit in Bezug auf bestehende Grenzen beseitigt, eine friedliche Aufhebung von Grenzen jedoch nicht ausschließt." (14.8.70)

Wir dürfen uns nicht davon täuschen lassen, daß der westdeutsche Imperialismus seine Expansion als Friedenspolitik tarnt. Seine Expansion nach Osten ist vor allem seit der Krise 66/67 notwendig geworden. Die Krise zwang das westdeutsche Kapital zu einer umfassenden Exportoffensive. Der Kapitalexport der BRD stieg von 7,96 Mrd DM im Jahre 1966 auf 18,36 Mrd DM im Jahre 1968! Die verschärften Konkurrenzbedingungen innerhalb des imperialistischen Lagers machten dem BRD-Imperialismus die "gewaltigen Marktlücken" des Ostens ungeheuer verlockend. Die neue Ostpolitik der SPD-Regierung trug wesentlich dazu bei, den Handel mit den Ländern des Warschauer Pakts weiter auszubauen. DIHT-Chef von Amerongen spricht vom Osthandel als "einer der großen Zukunftsinvestitionen des deutschen Welthandels".

### Sozialistische Freiburger Hochschulzeitung

Verantw.: Hans-Jörg Hager, 78 Freiburg  
Breisacherstr. 38

Eigendruck im Selbstverlag

Die Ostpolitik der SPD-Regierung stärkt den BRD-Imperialismus und trägt dazu bei, dem westdeutschen die führende Position innerhalb der EWG zu verschaffen.

Der BRD-Imperialismus übernimmt immer mehr die Führung in einem Wirtschaftsblock, der schon heute neben dem US-Imperialismus zu einem Hauptkontrolleur des Weltmarktes und zu einem Hauptpfeiler imperialistischer Herrschaft über die unterdrückten Völker geworden ist.

Die Eroberung dieser führenden Position im imperialistischen Weltsystem erfordert erstens rücksichtslose Ausbeutung und Unterdrückung der westdeutschen Arbeiterklasse. Zweitens erfordert sie die bestausgerüstete Militärmaschine zum Zweck der Niederschaltung der Arbeiterklasse und der Eroberung neuer Märkte und Einflußphären, sei es durch Bereitstellung von Waffen, Ausbildern an andere Staaten, wie z.B. Portugal (die BRD liefert Fallschirmjäger, Korvetten, Militärfahrzeuge, Kampf- und Transportflugzeuge); sei es durch Einschüchterung und Drohung; sei es, um im Rahmen der NATO die revolutionären Bewegungen in Griechenland, der Türkei oder gar Italien niederschlagen zu können.

Diese beiden Grundbedingungen imperialistischer Expansion - rücksichtslose Ausbeutung und Aufrüstung - sind dem Kriegsminister der SPD/FDP-Regierung, H. Schmidt, klarer als vielen Friedensschwärmern, die die Ostverträge für den Beweis der Friedfertigkeit des westdeutschen Imperialismus halten und von ihnen "Entspannung", "Abrüstung" und "Bildung statt Bomben" erhoffen.

Schmidt sagt offen, daß die weitere Aufrüstung die Voraussetzung für die Fortsetzung der "Friedenspolitik" ist (was bedeutet: gewaltige Steigerungsrate des Rüstungsetats, Modernisierung der Bundeswehr, allgemeine Mobilmachungsübung).

Schmidt sagt offen, daß Expansion härtere Ausbeutung bedeutet: "Die Regierung muß dem Volk sagen: härter arbeiten, mehr arbeiten, mehr Steuern, dann schaffen wir es schon." (Morgenpost, 17.5.71)

Zeiten des Machtzuwachses, der Ausdehnung des BRD-Imperialismus sind also Zeiten der Lohnleitlinien, der Preistreiberei und des Mietwuchers, sind Zeiten des konsequenten Angriffs auf das Lebensniveau der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen. Der sich entwickelnde Widerstand, der Unmut, die oppositionellen Bewegungen treffen auf eine vorbereitete Bourgeoisie: der Gewaltapparat ist straff organisiert, wird in "Notstandsübungen" und Verfolgungsjagden erprobt; die Kontrolle aller fortschrittlichen Kräfte und Organisationen wird verschärft, die Zerschlagung der kommunistischen Organisationen vorbereitet.

Von diesen Tatsachen ist im Wahlkampf selbstverständlich nichts zu hören. Dennoch: Die Phrasen von Frieden, Freiheit und Fortschritt können nicht darüber hinwegtäuschen, daß zwischen Außenpolitik und Innenpolitik der SPD/FDP-Regierung kein Widerspruch besteht: Der Imperialismus ist seinem Wesen nach aggressiv. Nach außen Expansion, nach innen Reaktion.

## DKP - Keine Alternative!

Die DKP, "einige marxistische Arbeiterpartei in der BRD", hat ihre ganze Politik sowohl im Wahlkampf als auch in der Vorbereitung des 1. Mai unter die Parole gestellt: Ratifiziert die Verträge! Dies beruht auf ihrer Einschätzung, daß "eine zentrale Aufgabe des Friedenskampfes" in der BRD "der Kampf für die sofortige, vorbehaltlose Ratifizierung und Verwirklichung der von der BRD mit der UdSSR und der VR Polen geschlossenen Verträge ist". Durch die europäische Sicherheitskonferenz würde der "Frieden auf unserem Kontinent sicherer gestaltet". (Düsseld. Parteitag, These 16)

Die DKP erweist sich hierin als Schüler der KPdSU. So wie die KPdSU die Verträge selbst begründet, begründet die DKP die Forderung nach ihrer Ratifizierung.

Die Sowjetunion hat gegenüber dem BRD-Imperialismus gewaltige Zugeständnisse gemacht: Sie hat West-Berlin an Westdeutschland preisgegeben; sie hat die Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR fallengelassen, auf die Forderung nach einem Friedensvertrag verzichtet. Die Propaganda der KPdSU geht davon aus, daß in der BRD der "friedlichen Sozialdemokratie" die "revanchistischen Kräfte der CDU" gegenüberstehen, die derzeit die Hauptgefahr für den Frieden in Europa darstellen. Die KPdSU stellt "die sozialdemokratische Politik als neue Politik der Vernunft, des Realismus, als Politik der Friedenskräfte" dar, "die es mit allen Mitteln, auch denen der Zugeständnisse, zu unterstützen gilt". Die SPD/FDP-Regierung kann sich der Schützenhilfe der KPdSU und der SU-Regierung sicher sein, wenn sie die Expansionspolitik des westdeutschen Kapitals als Friedenspolitik zu tarnen versucht.



„Wir haben sie lediglich aus dem Betrieb rausrationelliert; die Straße ist Ihre Sache, Herr Innenminister!“

Ebenso die DKP. Die Ratifizierung der Verträge hat angeblich zur Konsequenz: Preisstabilität, Mietstop, Sicherheit der Arbeitsplätze, Fortschritt, Friede, Verzicht auf Gewalt, Bildung statt Bomben...

**DKP:** Durch die Verträge, durch die europäische Sicherheitskonferenz wird "der Frieden sicherer". Die beiderseits in den Verträgen erklärte Absicht, die territorialen Gegebenheiten in Mitteleuropa zu akzeptieren, bedeutet, daß die imperialistischen Länder ihr militärisches Potential dort einsetzen können, wo ihre Herrschaft und ihre Ausbeutung in erster Linie bedroht sind. Für die NATO heißt die militärische Entlastung in Mitteleuropa, daß sie sich besser auf die Niederschlagung der revolutionären Bewegungen in Südosteuropa, in Griechenland und der Türkei vorbereiten kann. Für die SU bedeutet die militärische Entlastung in Mitteleuropa, daß sie ihre dort stationierten Kontingente zur Vorbereitung ihrer Aggression gegen die Volksrepublik China verfügbar machen kann.

**DKP:** Die Verträge von Warschau und Moskau eröffnen "neue Perspektiven und Chancen eines erfolgreichen Kampfes gegen die aggressiven und reaktionärsten Kräfte des westdeutschen Imperialismus". Das Gegenteil ist der Fall: Die Ostpolitik und die Expansion des westdeutschen Kapitals nach Osten erfordern rücksichtslose Unterdrückung und Ausbeutung nach innen.

**DKP:** Die Ostverträge helfen "die Arbeitsplätze sicherer" machen. Das Gegenteil ist der Fall: grade unter den sich verschärfenden Bedingungen der internationalen Konkurrenz heißt Expansion des Kapitals und Ausweitung des Handels: Intensivierung der Arbeit, Arbeitsetze, Rationalisierungsmaßnahmen, Reallohnabbau. Durch Betriebsstilllegungen des Mannesmann-Konzerns (Witten) sind tausende von Arbeitern auf's Pflaster geworfen worden. Das nicht etwa, weil der Mannesmann-Konzern vom "Handel mit den krisenfreien Märkten des Ostens" ausgeschlossen wäre; die Röhrenlieferungen dieses Konzerns an die SU sind mit die größten Aufträge, die die SU jemals an die westdeutsche Industrie vergeben hat. Um in diesem Röhrengeschäft noch mehr Profit zu schaffen, konzentriert und rationalisiert Mannesmann seine Anlagen und legt Betriebe still.

Mit ihren Kampagnen für die Ostverträge und ihrem Wahlkampf unter dem Motto "Ratifiziert jetzt!" macht die DKP den Frieden - und Fortschrittsrummel der bürgerlichen Parteien mit. Sie stellt die Forderungen der Arbeiterklasse immer schamloser hinter die Ostpolitik des Kapitals zurück.

Sie springt damit der SPD zur Seite, die durch ihre reaktionären Maßnahmen gegenüber der Arbeiterklasse zunehmend an "Glaubwürdigkeit" verliert. Die DKP hilft der SPD, das "verlorene Vertrauen" wieder herzustellen, indem sie nicht die arbeiterfeindlichen Maßnahmen zum Hauptgegenstand ihrer Propaganda macht, nicht dem von der SPD-Regierung vorangetriebenen Abbau demokratischer Rechte der Arbeiterklasse und der übrigen Werktagigen bekämpft, sondern die Außenpolitik der Regierung benutzt, um der Arbeiterklasse Illusionen über den Charakter der bürgerlichen Klassengesellschaft zu machen. Überall wo konsequente Gewerk-

schaftler den Abwehrkampf gegen die Maßnahmen des Kapitals organisieren, tritt diese Partei gemeinsam mit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung auf, um die Entfaltung der Klassenpolitik des Proletariats im Keim zu ersticken. Diese Politik der Kollaboration mit der Bourgeoisie geht sogar so weit, daß sie (wie in Freiburg geschehen - siehe Kasten auf Seite 15!) klassenbewußte Gewerkschaftler "auf eine Stufe mit CDU und NPD" stellt.

Nicht nur die bürgerlichen Parteien SPD, FDP, CDU sind sich darüber einig, daß es vor allem darum geht, die Entfaltung einer selbständigen Klassenpolitik des Proletariats mit allen Mitteln zu verhindern. Die DKP trägt ihr Teil dazu bei.

### SPD - Das kleinere Übel ?

Angesichts der aktuellen Schwäche der Arbeiterbewegung und der allseitigen Angriffe der Bourgeoisie, angesichts des Abbaus erkämpfter demokratischer Rechte in Betrieben und Hochschulen, macht sich unter manchen fortschrittlichen Studenten Hilflosigkeit und Resignation breit, die Ausdruck finden in der Frage: Soll man SPD wählen ?

Obwohl ihnen klar ist, daß der Angriff auf die demokratischen Rechte, und die Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse unter der Geschäftsführung der SPD stattfinden, meinen sie, daß eine CDU-Alleinregierung noch schärfer und noch härter gegen die demokratische und Arbeiterbewegung vorgehen würde und man also durch Wahl der SPD der Arbeiterklasse noch vorhandenen Spielraum erhalten könne und müsse.

Diese Position geht von folgendem aus:

- Zwischen den bürgerlichen Parteien gebe es Unterschiede taktischer Natur in Bezug auf die Niederschaltung der Arbeiterbewegung.
- Die Regierung stehe der Bewegung des Kapitalverhältnisses relativ selbstständig gegenüber, und die jeweilige Regierungspartei habe es in der Hand, die Aufgaben des bürgerlichen Staatsapparates zu bestimmen.
- Der Stimmzettel könne daher Instrument der Verbesserung der Klassenkampfsituation sein.

Diese Position begreift die Politik der bürgerlichen Regierungen und die jeweilige Methode der Niederschaltung der Arbeiterklasse als eine Frage des Programms dieser oder jener bürgerlichen Partei und nicht als eine Frage des Standes des Klassenkampfes zwischen Proletariat und der gesamten Bourgeoisie. Es wird übersehen, daß der Klassenkampf des Proletariats bestimmt ist für die Methode der Herrschaft der Kapitalistenklasse und ihres Staates. Die Arbeiterklasse hat immer nur den Spielraum zur Entfaltung ihrer Klassenpolitik, den sie sich selbst erkämpft!

Es ist falsch, eine - wenn auch nur relative - Selbständigkeit der bürgerlichen Regierung zu behaupten. Gerade die Zeit der SPD-Regierung hat gezeigt, daß die Programme einer bürgerlichen Partei nichts über ihre reale Politik aussagen. Die Politik einer Regierung folgt den notwendigkeiten, die sich aus der Bewegung des Kapitals und des Klassenkampfs für die Kapitalistenklasse ergeben.

Die Regierung ist nicht der Staat! Der bürgerliche Staatswillen reicht bis in den kleinsten Winkel der Gesellschaft, den er kontrolliert, niederhält und ausübt. Ein Wechsel in der Staatsspitze, in der Regierung, ändert nichts am reaktionären Charakter des Staatsapparates.

Es ist richtig, daß es taktische Differenzen zwischen einzelnen bürgerlichen Parteien gibt. Es ist auch richtig, daß es Widersprüche innerhalb der Kapitalistenklasse gibt. Diese Widersprüche sind nicht einfach Widersprüche zwischen zwei Kapitalfraktionen, wie es die Revisionisten behaupten. Die Widersprüche sind Ausdruck unterschiedlicher Verwertungsbedingungen einzelner Kapitale, der ungleichzeitigen Entwicklung einzelner Kapitale und der unterschiedlichen Bedingungen und Entwicklungsstufen des Klassenkampfes in einzelnen Bereichen.

Außerdem sind die verschiedenen Seiten dieser Widersprüche nicht einfach verschiedenen politischen Parteien zuzuordnen.

Das Entscheidende ist, daß die Widersprüche im Lager der Bourgeoisie nur von einer kämpfenden Arbeiterklasse, die ihre selbständige Klassenpolitik enthat, ausgenutzt werden können.

Daß heute eine Unsicherheit in der Beantwortung der Frage 'Wen wählen?' existiert, ist eben Ausdruck der Tatsache, daß die Arbeiterklasse ihre selbständige Klassenpolitik noch nicht entfaltet hat. Das Proletariat unternimmt die ersten Schritte auf dem Weg zu einer selbständigen Klassenpolitik und die kommunistischen Organisationen führen noch nicht die Kämpfe an; sie können noch nicht anleitend und führend in Bewegungen oppositioneller Kräfte im Volk eingreifen.

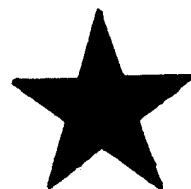
Diese Beschränkungen erkennen, kann aber nicht heißen, zu warten bis das Proletariat sich zusammengeschlossen hat und eine Kommunistische Partei existiert und solange den Klassenkampf mit dem Stimmzettel zu unterstützen.

Wichtig ist, daß das Kräfteverhältnis der Klassen sich nur in dem Maße ändern wird, in dem das Proletariat sich vereinheitlicht auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus, sich seine Kommunistische Partei schafft und sich in die Lage versetzt die anderen vom Kapital unterdrückten und ausbeuteten Klassen und Schichten des Volkes zusammenzuschließen zum revolutionären Kampf.

Für die fortschrittlichen Kräfte in der demokratischen Massenbewegung geht es gerade im demokratischen Abwehrkampf darum, ihn zu organisieren, in ihm die richtigen Ideen zu verbreiten, die Bewegung politisch-ideologisch zu vereinheitlichen und ihr die sozialistische Perspektive zu geben. Die an die bürgerliche Demokratie geknüpften Erwartungen und Illusionen müssen konsequent zerstört werden, die Forderungen müssen aufgegriffen und weitergetrieben werden, die die Massenbewegung in immer schärferen Widerspruch zur Bourgeoisie bringen.

Im demokratischen Abwehrkampf, in den Erfahrungen und deren Auswertung wird schließlich vorbereitet und hergestellt das Bündnis mit der Arbeiterklasse. Die Frage des Bündnisses ist längst nicht mehr eine bloße Frage, eine abstrakte Perspektive, die allein propagandistisch an der Hochschule zu vermitteln wäre.

Das Bündnis stellt sich heute bereits als praktische Frage! Im Kampf gegen das Auftreten faschistischer Banden, gegen Tariferhöhungen, gegen die Disziplinierung oppositioneller Kräfte, gegen Militarismus und Imperialismus! In der Unterstützung des Gewerkschaftlichen Mai-Komitees!



In der 'Gemeinsamen Erklärung des BUNDES KOMMUNISTISCHER ARBEITER' Freiburg und der 'KOMMUNISTISCHEN GRUPPE (NRF) Mannheim/Heidelberg zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg' heißt es:

"Dieser Landtagswahlkampf zeigt einmal mehr, daß die Arbeiterklasse keine andere Wahl hat, als ihre eigene Politik zu machen und ihre eigene Partei aufzubauen. In den Betrieben und in den Gewerkschaften fangen immer mehr Arbeiter an, eine eigene Politik zu entwickeln und die Interessen der Arbeiterklasse zur Grundlinie ihres Handelns zu machen. Die Interessen der Arbeiterklasse gehen nicht im Alltagskampf gegen die Unternehmer und die Maßnahmen ihres Staates auf, sondern spalten sich im Grundinteresse der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen zu: Den Kapitalismus zu beseitigen und den Sozialismus aufzubauen. Dazu ist die Zerschlagung des kapitalistischen Staates, die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse die Voraussetzung.

Das aber kann nicht von heute auf morgen geschehen, sondern durch die Vereinheitlichung der Arbeiterklasse in ihren langandauernden Kämpfen gegen zunehmende Unterdrückung und Ausbeutung. Doch die Vereinheitlichung der Arbeiterklasse gegen das imperialistische System hat zur Voraussetzung, daß sich die Arbeiter und alle übrigen Werktätigen, die sich keine Illusionen machen über die bürgerliche Demokratie und die bürgerlichen Parteien, fest zusammenschließen. Diesen Zusammenschluß, die Schaffung einer festen Kommunistischen Partei der Arbeiterklasse wollen wir mit allen unseren Kräften vorantreiben.

**Appell der Hochschullehrer:**

# **Es geht um Ihre Kinder!**

Unsere Schulen und Hochschulen sind gegenwärtig von innen her bedroht. Linksradikale mißbrauchen die Bildungsstätten als Basis für eine revolutionäre Änderung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse.

Viele Professoren und viele Lehrer haben bereits resigniert. In manchen Fächern ist der Leistungsstand erheblich zurückgegangen. Die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft, der Wohlstand aller, das Ansehen der deutschen Wissenschaft und die freiheitliche Rechtsordnung sind gefährdet.

Es geht um die Zukunft unserer Jugend! Wir sind für realistische Reformen, mit dem Ziel einer leistungsfähigen und freiheitlichen Hochschule. Berlin, Hessen, Niedersachsen und Bremen haben jedoch gezeigt, daß die SPD nicht in der Lage ist, diese Probleme zu lösen. Wir sehen deshalb keine Alternative, als am 23. April C D U zu wählen.

Diesen Appell unterzeichneten folgende Hochschullehrer:

Prof. Dr. P. Arene	Prof. Dr. W. Koch	Prof. Dr. M. Schweitzer
Prof. Dr. H. J. Arndt	Prof. Dr. G. Kortüm	Prof. Dr. H. Seifert
Prof. Dr. H. Auterhoff	Prof. Dr. H. Krebs	Prof. Dr. J. Staubesend
Prof. Dr. W. Bader	Prof. Dr. H. Krimm	Prof. Dr. E. Steinbach
Prof. Dr. W. Ritter	Prof. Dr. B. Lakebrink	Prof. Dr. H. Stoll
von Bayrer	Prof. Dr. H. Lange	Prof. Dr. H. Strecker
Prof. Dr. H. Barthmann	Prof. Dr. A. Laufs	Prof. Dr. K. Talke
Prof. Dr. C. Bauer	Prof. Dr. F. Lenz	Prof. Dr. H. Thieme
Prof. Dr. K. H. Bauer	Prof. Dr. W. Lotzenbauer	Prof. Dr. C. H. Uhle
Prof. Dr. H. Bieleke	Prof. Dr. F. H. Link	Prof. Dr. J. Vincke
Prof. Dr. A. Bohle	Prof. Dr. M. Löwisch	Prof. Dr. E. Vogt
Prof. Dr. K. E. Born	Prof. Dr. M. v. Lüterott	Prof. Dr. A. Vögtle
Prof. Dr. P. Brunner	Prof. Dr. S. Menrad	Prof. Dr. A. Volkmann
Prof. Dr. M. Büllinger	Prof. Dr. G. Müllerstedt	Prof. Dr. E. Wahl
Prof. Dr. H. Chantaine	Prof. Dr. M. Müller	Prof. Dr. W. Weidlich
Prof. Dr. P. Classen	Prof. Dr. H. J. Newiger	Prof. Dr. A. Weiß
Prof. Dr. W. Conze	Prof. Dr. E. Nusser	Prof. Dr. B. Wette
Prof. Dr. H. Dohmen	Prof. Dr. A. Oberhauser	Prof. Dr. P. Werner
Prof. Dr. A. Dötsch	Prof. Dr. D. Oberndörfer	Prof. Dr. K. Wildermuth
Prof. Dr. W. Driesen	Prof. Dr. A. E. Ott	Prof. Dr. H. C. Wolf
Prof. Dr. J. Engel	Prof. Dr. H. Ott	Prof. Dr. E. Zeeden
Prof. Dr. H. Friedrich	Prof. Dr. M. Pfannenstiel	Prof. Dr. G. Zettel
Prof. Dr. K. Goerttler	Prof. Dr. D. Pleister	
Prof. Dr. R. Götz	Prof. Dr. D. Pohmer	
Prof. Dr. H. Grisebach	Prof. Dr. D. Puppe	
Prof. Dr. R. Haas	Prof. Dr. S. Quadbeck	
Prof. Dr. Chr. Habicht	Prof. Dr. W. Reithner	
Prof. Dr. H. Hacken	Prof. F. Ruge	
Prof. Dr. H. Hasselmann	Prof. Dr. A. Schell	
Prof. Dr. M. Heckel	Prof. Dr. W. Schaumann	
Prof. Dr. W. Hennig	Prof. Dr. E. Scheele	
Prof. Dr. A. Hillgruber	Prof. Dr. R. Scheying	
Prof. Dr. K. W. Hoffmann	Prof. Dr. J. Schirmeister	
Prof. Dr. H. J. Jakob	Prof. Dr. E. Schlink	
Nobelpreisträger Prof.	Prof. Dr. E. Schmidt	
Dr. J. H. D. Jensen	Prof. Dr. W. Schmittenhener	
Prof. Dr. R. Jung	Prof. Dr. H. Schneider	
Prof. Dr. G. Kaiser	Prof. Dr. W. Schneider	
Prof. Dr. M. Kobler	Prof. Dr. K. H. Schröder	

Die herrschenden Parteien, die herrschenden Klassen, die Regierung brauchen die Beamten als ihre Werkzeuge, um ihre Machtstellung aufrecht zu erhalten...

Karl Liebknecht, 1910

# Professoren: Büttel des Kapitals

Ca. 30 Professoren der Freiburger Universität haben in einem 'Appell der Hochschullehrer' zur Wahl der CDU am 23. April aufgerufen.

Die FAZ schreibt am 20.1.72:

"Noch stehen wir am Anfang einer möglichen unheilvollen Entwicklung. Noch sind die große Mehrheit unserer staatlichen Institutionen und das Rechtsbewußtsein der Bürger intakt, noch sind die Straßen bis auf die wohlbekannten Ausnahmen selbst in den Großstädten hinreichend sicher. Auch an den Universitäten hat der demokratische Rechtsstaat noch nicht verspielt, wenn er sich auf seine Pflichten besinnt."

"Jede deutsche Universität kann sich von gewalttätigen Studenten befreien - wenn sie will."  
(FAZ, 1.12.71)

In diesen Tenor fallen die unterzeichnenden Hochschullehrer ein: "Linksradikale missbrauchen die Bildungsstätten" und "Es geht um ihre Kinder"! Wenn sie aber davon reden, daß die "Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft gefährdet" sei, dann geben sie offen zu, welcher Art ihre Sorge um die "Zukunft unserer Jugend" ist:

Es geht ihnen darum, eine Jugend heranzuzüchten, die bereitwilliges Werkzeug der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse ist, die sich selbst widerstandslos ausbeuten läßt. Es geht ihnen um eine Ausbildung, die die Konkurrenzfähigkeit des westdeutschen Kapitals auf dem Weltmarkt sichern und verbessern hilft.

Unverblümmt wird das Kapitalinteresse zum Allgemeininteresse erhoben; unverblümmt wird in einem Atemzug sowohl vom Kapitalinteresse, vom "Ansehen der deutschen Wissenschaft" und von der Freiheitlichen Rechtsordnung geredet und damit vom inneren Zusammenhang dieser drei Faktoren ausgegangen.

Und in der Tat: Die Patriarchen der Deutschen Wissenschaft finden sich durchaus in Übereinstimmung mit den Kapitalisten: Nach F. Fischer, dem Leiter des zentralen Bildungswesens der Daimler-Benz-AG, "der anspruchsvolle Begriffsbestimmungen von Bildung als wenig hilfreich ablehnte, hat Bildung für die Wirtschaft drei Hauptzwecke. Sie müsse dabei helfen, die bestehende Gesellschaftsordnung und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu erhalten und Gewinn zu erzielen." (Stuttgarter-Zeitung, 9.7.71)

Wie lange haben nicht westdeutsche Professoren behauptet, die Wissenschaft sei 'unpolitisch', die Hochschule sei 'autonom'?

Wenn sie heute offen Partei für die Politik des Kapitals ergreifen, so bedeutet das keineswegs, daß die Wissenschaft einen 'Funktionswandel' durchgemacht hat. Mit dieser Parteinahme wird lediglich offengelegt, was bisher entweder selbst dem Bewußtsein der Herren Professoren verborgen geblieben ist, oder von ihnen nicht ausgesprochen wurde.

Die Wissenschaft der Bourgeoisie ist ausschließlich auf das Profitinteresse der Kapitalistenklasse ausgerichtet. Das ist eine klare Tatsache.

Die Herrschende Klasse versucht von dieser Tatsache abzulenken, indem sie die 'Politisierung' der Wis-

senschaften "gewalttätigen Linksradikalen" in die Schuhe schiebt. Sie tut so, als habe die 'rote Übermacht', als habe der 'Missbrauch der Bildungsstätten' als habe der Linksradikalismus die Vernunft in die Enge getrieben. Es soll der Eindruck erweckt werden, als befände sich die Herrschende Klasse in Verteidigungsstellung. Es wird von den unterzeichnenden Professoren behauptet: "Viele Professoren und viele Lehrer haben bereits resigniert".

"In Gestalt der Universitäten gibt es eine Enklave, in der der Rechtsfrieden durch das Recht des Stärkeren gefährdet ist." (FAZ 1.12.71) Das ist die allgemeine Propaganda der Bourgeoisie heute, in die sich die 'angesehene' deutsche Wissenschaft einfügt. Sie tut das in Verein mit allen bürgerlichen Parteien.

So wie in dem 'Appell der Hochschullehrer' sieht es auch die westdeutsche Wirtschaft: In einem Brief an "besonders ausgesuchte Empfänger, die durch Beruf oder Stellung zur öffentlichen Meinungsbildung beitragen" schreibt das Deutsche Industrieinstitut:

"Das freie private Unternehmertum" sieht sich "mit der Tatsache konfrontiert, daß die Auseinandersetzung um die Zukunft unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung an Schärfe deutlich zunimmt.

Mehr noch: Wenn man feststellen muß, daß bei Teilen der Jugend und der gutverdienenden Angestellten- schaft Unternehmerfeindlichkeit und die Verehrung roter Idole zum guten Ton gehören, dann ist das ein Alarmzeichen! Die Unternehmerschaft muß sich der Herausforderung stellen um den Kampf um die marktwirtschaftliche Freiheit aufzunehmen, wenn sie nicht eines Tages als unterprivilegierte Minderheit enden will."

Dieser Brief leitet eine organisierte Propagandaoffensive der Kapitalistenklasse ein.

Er datiert vom 6. Dezember 71 und ist eine zentrale Antwort der Kapitalistenklasse auf die Metall-Tarifkämpfe, in denen die Arbeiter Nordwürttembergs und Nordbadens den Kampf gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen aufgenommen haben.

Die Pläne des westdeutschen Monopolkapitals laufen allesamt auf das Eine hinaus: noch härtere Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse, Expansion des Kapitals.

Diese Pläne des Kapitals fordern kategorisch den Klassenkampf von oben.

"Mit ihrem hervorragenden Klasseninstinkt hat die Bourgeoisie erkannt, daß gegenwärtig in der BRD die Realität des Klassenkampfes zur marxistischen Theorie drängt, daß deshalb die marxistische Theorie selbst vernichtet werden muß", und der beginnende Prozeß der Verschmelzung von sozialistischer Bewegung und Arbeiterbewegung aufgehalten werden muß, damit die Theorie nicht zur materiellen Gewalt wird.

"Das erklärt auch, warum die Universitäten, dieser machtmäßig irrelevante Faktor, mit in den Mittelpunkt der Verfolgungen gerückt sind": Hier hat die marxistische Theorie Fuß gesetzt, die als einzige die taktischen Schläge der Bourgeoisie durchschaut, die als einzige die Kampfmethoden der Bourgeoisie zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft entlarvt.

Der Marxismus sagt deutlich: Die Bourgeoisie arbeitet entweder mit den Mitteln des Pfaffen oder mit den Mitteln des Henkers.

## Bankrott der "Reformpolitik"

Einerseits war die Bourgeoisie gezwungen, auf die Studentenbewegung mit Zugeständnissen zu antworten, andererseits hatte sie die Möglichkeit, die Bewegung durch 'Reformen' abzufangen, gerade weil die Verwirklichung zentraler Forderungen der Studenten der fortgeschrittenen Entwicklung des Kapitals entsprach.

Aber wir haben inzwischen Bekanntschaft mit den 'Reformen' der Bourgeoisie gemacht und es ist heute klar: Gegenüber einer Bildungsplanung, wie sie sich in der Kapitalistischen Klassengesellschaft der BRD heute notwendig durchsetzt, kann eine Reformpolitik keine Perspektive haben. Gegenüber den Angriffen der Bourgeoisie auf demokratische Rechte, gegenüber der Verfolgung fortschrittlicher Lehrer, kann wohl niemand mehr sagen: Reformpolitik hat eine Perspektive.

Diejenigen, die früher das reformerische Mäntelchen herausgekehrt haben, weil sie mit Versprechungen eben leichter regieren, sehen sich heute einer demokratischen Bewegung gegenüber, die ihre Erfahrungen mit den Versprechen der Herrschenden gemacht hat. Immer mehr setzt sich die Einsicht durch, daß es nicht ausreicht, der Bourgeoisie aufs Maul zu schauen, sondern zu untersuchen ist, welchen Gesetzmäßigkeiten die Bewegung des Kapitals unterliegt. Der Marxismus beginnt auf Grund der Erfahrungen wieder erwachender Klassenkämpfe zu einer ideologischen Strömung im Volk zu werden.

Angesichts dieses Prozesses, der die Massenbewegung von den ideologischen Fesseln der Bourgeoisie zu befreien droht, zeichnet sich heute klar das Bündnis der Reformisten mit der Reaktion ab.

## "Methodenstreit" der Bourgeoisie

Der 'Bund Freiheit der Wissenschaft', dieser organisierte Stoßtrupp der Reaktion an der Hochschule, hat es sich erklärtermaßen zur Aufgabe gemacht, zu "informieren, agieren, organisieren", um die reibungslose Durchsetzung der Kapitalinteressen an der Universität zu unterstützen und "alle Gegner der Verfassung", d.h. der kapitalistischen Ausbeuterordnung auszuschalten.

Daß der BFDW sich in seiner Zielsetzung einig weiß mit den sogenannten Reformern, geht deutlich hervor aus der "Kritik" des Bündlers Vogel an der "Reformpolitik" des Heidelberger Rektors Rendtorff: "Die Kritik an der Reformpolitik des Rektors richtet sich vor allem gegen deren Methode".

Taktische Differenzen sind es also lediglich, unterschiedliche Auffassungen über die Wahl der Mittel, die Ursache sind für die 'Auseinandersetzung' zwischen den 'fortschrittlichen' und 'reaktionären' Vertretern der Kapitalinteressen.

"Der Staat soll nicht durch bestimmte Zugeständnisse in der Hochschulpolitik reagieren, sondern gezwungen werden, politisch auf den Linksextremismus zu reagieren" (Hennis).

Was die 'Reaktion' von den 'Sozialliberalen' unterscheidet, ist die Einsicht, daß gegen die soziali-

stische und demokratische Bewegung nicht mehr mit den Mitteln des Pfaffen vorzugehen ist, daß die Politik der leeren Versprechungen und der scheinbaren Zugeständnisse, daß 'Reformpolitik' keine Chance mehr hat, sondern daß neue Kampfformen das Gebot der Stunde sind und der bürgerliche Staat dazu übergehen muß, "politisch", d.h. gewaltsam dem demokratischen Kampf an der Hochschule zu begegnen.

## Freiburger Perspektiven

Die Kampagnen im letzten Semester, die Aktionen gegen das Auftreten der Faschisten, HRG und Berufsverbot, haben die demokratische Bewegung auf eine breitere Basis gestellt.

Der "Appell der Professoren", der Ruf nach staatlicher Gewalt und Liquidierung dieser Bewegung, ist Ausdruck der Formierung der Reaktion unter dem Deckmantel der "Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung".

Genossen der BASISGRUPPE POLITIK bekämpften in einem Grundkurs antikommunistische Indoktrination und positivistische Verdummung und zeigten auf, daß sich hinter dem Etikett der "Wertfreiheit" der Wissenschaft das Klasseninteresse der Bourgeoisie verbirgt.

Das konnte nicht ungestraft bleiben und wurde exemplarisch mit Disziplinierungsmaßnahmen beantwortet. Sie bekamen einheitliche Noten, die knapp unter 'ungenügend' lagen, um sie dann in der Zwischenprüfung, die sonst entfällt, nach "wissenschaftlichen Maßstäben" und ohne jegliche Kontrolle durchfallen lassen zu können.

Diejenigen, die in der Klausur von der 'Verteidigung der Freiheit Vietnams' durch die GI's schrieben und auch sonst "das gebracht haben, was ich haben wollte" (Hennis-Assistent, Thielbeer) erhielten gute oder sehr gute Noten.

Wie man sieht, trägt die "Arbeit" des schwarzen Kaders, des Gründungsmitgliedes des BFDW, Wilhelm Hennis, bereits Früchte.

Ein weiteres Beispiel für die Methoden reaktionärer Hochschullehrer lieferte Hillgruber-Assistent, Wollstein, dessen Proseminar über das "Ermächtigungsgebot" hauptsächlich die Funktion hatte, den inneren Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus zu verschleiern.

Er bezeichnete die Flugblätter der Basisgruppe Geschichte, die die Frage gestellt hatte: "Wollstein-Handlanger der Faschisten?", als "juristisch gerade noch nicht anfechtbar". Mit der Androhung der Scheinverweigerung versuchte er die Kritik an der personalisierenden, bürgerlichen Geschichtsauffassung (Wollstein spricht von der "verhängnisvollen (!) Rolle von Vertretern des Wirtschafts- und Finanzlebens bei der Berufung Hitlers zum Reichskanzler") zu unterdrücken, um ungestört die Köpfe der Studenten mit seiner reaktionären Ideologie vollstopfen zu können.

Hillgruber selbst spricht von der Basisgruppe als von "anmaßenden, total dummen, blöden Kerlen", die als "Sprengtrupps" in die Seminare eingeschleust

würden und bearbeitet die Studenten als getreuer Ideologe des Kapitals unter dem Motto:  
"Kritik!-, Kritik!-, Zuhören und aufnehmen sollen Sie!".

Daß diese Auseinandersetzungen mit den beiden Bourgeois-Ideologen Wollstein und Thielbeer und ihren Lehrmeistern Hillgruber und Hennis nur der Beginn der Kämpfe gegen die sich in den Instituten und Seminaren organisierende Reaktion ist, geht auch aus der Einschätzung von Hennis hervor, daß dank der Tätigkeit des BFDW "viele Professoren und Politiker Feidheit und Opportunismus in der Hochschulpolitik überwunden" hätten.

Wir wissen, was dieser üble Hetzer, dem die reaktionären Studentenorganisationen RCDS und DM mit tatkräftiger Hilfe zur Seite stehen, damit meint: Alle Formen der Demagogie und Verleumdung werden aufgeboten, alle derzeit zur Verfügung stehenden Mittel der Repression, wie Ausschluß von Vorlesungen und Seminaren, Sperrung von Bafög-Geldern, Haftverbot oder Relegation von sämtlichen Universitäten der BRD werden eingesetzt, um jegliche Kritik der bürgerlichen Wissenschaft abzuwürgen und all diejenigen rücksichtlos auszuschalten, die aufdecken, daß die Bourgeoisie ihre Wissenschaft systematisch als Instrument zur Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse und der übrigen Teile des Volkes einsetzt.

Wir wissen aber auch, wie unsere Antwort nur heißen kann und was wir dem entgegenzusetzen haben:

KONSEQUENTE UND ORGANISIERTE FORTSETZUNG DER KRITIK  
 DER BÜRGERLICHEN WISSENSCHAFT !!

KAMPF GEGEN ALLE VERTRETER DER KAPITALINTERESSEN AN  
 DER HOCHSCHULE !!

KAMPF DEM 'BUND FREIHEIT DER WISSENSCHAFT', RCDS UND DM !

KONSEQUENTE FÜHRUNG UND AUSWEITUNG DES AKTIVEN  
 MASSENKAMPFES ALLER DEMOKRATEN UND SOZIALISTEN !!



**KOMMUNISTISCHE JUGENDZEITUNG**

**No. 5**

**ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN JUGENDBUNDES**

**Jugendorganisation des Bundes Kommunistischer Arbeiter**

Inhalt von Nummer 5 (u.a.)

- 1. MAI - KAMPFTAG DER INTERNATIONALEN ARBEITERKLASSE
- AUSBILDUNG IM HANDWERK
- JUSOS AUF STIMMENFANG

Die KJZ ist erhältlich im Libro Libre, Herrenstr. 53



**Der Kampf gegen**

## **Privatisierung und Tariferhöhung in Freiburg**

**1972**



# Der Kampf gegen Privatisierung und Tariferhöhung in Freiburg

Am 21. März hat der Stadtrat die seit langem geplante Privatisierung der Stadtwerke beschlossen. Für den 11. April war ursprünglich die Beschußfassung über die ebenfalls seit langen geplante Tariferhöhung im Nahverkehr vorgesehen. Doch den Pareteien ist eingefallen, daß in wenigen Wochen Landtagswahlen sind. Da sie sich vor den Wahlen immer ungeheuer sozial gebärden müssen, schien es ihnen zweckmäßig, die Tarife erst nach der Landtagswahl zu erhöhen.

Gegen die Privatisierung und die Tariferhöhungen wurde in Freiburg eine breite Kampagne entfaltet, in deren Verlauf die verschiedenen politischen Linien in der Führung des ökonomischen Abwehrkampfes und in der Bündnispolitik zutage getreten sind. An dieser Kampagne waren beteiligt: Gewerkschaftsjugend, Bund Kommunistischer Arbeiter (BKA), Uni-Basisgruppen und die Bürgerinitiative Roter Punkt (BI), die wiederum von DKP, Sozialistischem Bund (SB) und Jusos getragen war.

## DKP weiss Bescheid!

Die Politik der BI bestand darin, den Unmut in der Bevölkerung aufzugreifen und laut und schreierisch zu artikulieren: "Das ist ein Skandal", "Straßenbahnen sind keine Luxusgüter für eine kleine Minderheit", "Der Bürgermeister will uns Freiburger wohl für dumm verkaufen" (Zitate aus Flugblättern der BI, DKP und SB) und was sind die Gründe für einen solchen "Skandal"? Tiefschürfend stellt die DKP dazu fest: "Ursache ist der Widerspruch, daß einerseits die Aufgaben und Ausgaben der Stadt wachsen, andererseits die Zuwendungen durch Bund und Land sinken... Das liegt an einer seit Jahren falsch praktizierten Finanz- und Steuerpolitik durch Bund und Land." "Es stimmt nicht, daß kein Geld vorhanden ist! Aber es stimmt, daß es in Bonn falsch ausgegeben wird. Wenn der Bund nicht viele Milliarden für eine sinnlose Rüstung verschleudern würde", ja dann, dann gäbe es genügend Schulen, Krankenhäuser, Nahverkehr etc. und überhaupt, dann würde der Kapitalismus das Paradies für alle bedeuten. Die Frage aber, für wen diese Politik richtig oder "falsch" ist, für wen sie sinnvoll oder "sinnlos" ist, wird nicht mehr gestellt. Hier wird nichts anderes formuliert als der Appell an den "Sozialstaat", an einen Staat, der angeblich neutral über den Klassen steht. Dieser Staat offenbart seine tatsächliche Funktion durch allseitige und sich verschärfende Angriffe gegen die Arbeiterklasse und alle Teile des Volkes - durch Lohndiktat, Notstandsgesetze, Militarisierung von Polizei, Ausbau des Bundesgrenzschutzes zur Bürgerkriegsarmee, durch Verschärfung

der Aufenthaltsbestimmung für Ausländer, Abbau demokratischer Rechte, Aufhebung des politischen Mandats der verfaßten Studentenschaft, politische und soziale Selektion durch Numerus Clausus. Wenn die DKP schreibt, daß die Misere im öffentlichen Nahverkehr durch den Widerspruch zwischen wachsenden Aufgaben und Ausgaben der Städte und sinkende Zuteilung durch Bund und Länder verursacht ist, so sieht sie davon ab, daß dieser Widerspruch im staatlichen Bereich genau Ausdruck der krisenhaften Entwicklung des westdeutschen Kapitals ist. Der kapitalistische Staat betreibt niemals eine falsche Politik, sondern als Instrument in Händen der Kapitalistenklasse eine Politik, die der Aufrechterhaltung und Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und breiter Schichten der werktätigen Bevölkerung dient. Wer die Sozialstaatsillusion zur Grundlage seiner Politik macht, wie dies die DKP tut, verbreitet Illusionen über den Charakter des bürgerlichen Staats und damit des gesamten kapitalistischen Systems und verhindert so jeden wirksamen, d.h. sich des Zusammenhangs zwischen Kapital und Staat bewußten Kampf.

## Die DKP eint die Bürger

Auf der Basis der Appelle an den "sozialen Staat" können sich dann konsequenterweise selbst reaktionäre faschistische Organisationen an der Bürgerinitiative beteiligen. Diese reaktionären Organisationen, die bewußt die Interessen des Kapitals politisch vertreten, können nicht offen gegen "soziale Gerechtigkeit" auftreten, sondern müssen, um überhaupt eine Basis in den Massen zu finden, selbst soziale Forderungen aufstellen. So versucht auch die CDU im Wahlkampf, den verbreiteten Unmut über die Preissteigerungen in der letzten Zeit unter der SPD/FDP-Regierung demagogisch aufzugreifen, und mit der Forderung nach "sozialer Gerechtigkeit" Stimmenfang zu betreiben. Nicht anders auch die Demokratische Mitte (DM) an der Universität, die ebenso wie die DKP eine "sinnvollere Verteilung des Steueraufkommen mit allem Nachdruck fordert". Auch die DM rief deshalb zur Beteiligung an der BI auf. Als ein Antrag in der BI gestellt wurde, die Mitarbeit der DM nicht zuzulassen, setzte sich der DKP-Vertreter dafür ein, auch diese Organisation zuzulassen, wenn sie mitarbeiten wolle: die BI sei parteipolitisch neutral und sei die Zusammensetzung aller der Bürger, die gegen Tariferhöhungen und Privatisierung sind. Dabei ist inzwischen hinreichend bekannt, daß die DM über einen von Kapitalistenverbänden und CDU finanzierten Verein "Stu-

dent und Gesellschaft" das "Unternehmerbild" verbessern will und damit die kapitalistische Ausbeuterordnung propagandistisch verteidigt. Aus den Appellen an den "Sozialstaat" folgt, daß sich all die Bürger zusammenschließen, die von diesen Maßnahmen betroffen werden und deren Interesse der Staat eigentlich zu vertreten hat. So gibt es dann natürlich keine politischen Positionen mehr, sondern: "Wir sind alle Bürger". Da auch NPD-Mitglieder Bürger sind, konnte auch ein NPD-Mitglied an der Bürgerinitiative teilnehmen.

## Bürgerinitiative:

### Was blieb, war Asche!

Der in der Analyse und der politischen Linie enthaltene Appell an den "Sozialstaat" drückt sich aber nicht nur in der Zusammensetzung der BI aus, sondern schlägt sich auch voll in den Aktionsformen nieder. So waren ursprünglich geplant: Unterschriftenaktion, Go-In in den Stadtrat, Diskussion mit dem OB und Stadtverwaltung in der Stadthalle. Und da Teile der BI selbst ahnten, daß das nicht viel nützen wird, wurde u.a. vorgeschlagen, Straßenbahnschienen zuzuzementieren. In dieser Vorstellung zeigt sich, wie nahe illusionäre Politik und Abenteuerertum zusammenhängen. Von diesem ganzen Aktionsprogramm wurde schließlich nur die Unterschriftensammlung durchgeführt. Durch diese Unterschriftensammlung, bei der lediglich unterschrieben wird, daß man gegen Tariferhöhungen und Privatisierung ist, wird der vorhandene Unmut und Widerstand kanalisiert und auf die Entscheidung im Stadtrat fixiert. Diese Unterschriften sollten dem OB und dem Stadtrat übergeben werden als Ausdruck des Willens der Bürger. OB und Stadtrat sind aber nicht Repräsentanten der Bürger, die sich von solchen Willensbekundungen beeindrucken lassen, sondern sie sind die Organe des kapitalistischen Staates, die in unmittelbarer Konfrontation mit der Bevölkerung die Interessen des Kapitals in der Kommunalpolitik durchsetzen müssen. Aber die BI appelliert an das "Gewissen", die "Vernunft", an die "Gerechtigkeit gegenüber dem kleinen Mann". Dieses politische Konzept konnte keinen Schritt weiterbringen. Es wurde weder damit erreicht, daß das Bewußtsein über die Ursachen der allgemeinen Preistreiberei geschärft wurde, noch wurde eine Organisationsform geschaffen oder gestärkt, die den Abwehrkampf erfolgreich führen kann, noch das Bewußtsein wie und gegen wen langfristig zu kämpfen ist und schon gar nicht wurden die Tariferhöhung und die Privatisierung verhindert. Dagegen wurden Illusionen über die Ursachen der Misere im öffentlichen Nahverkehr und der allgemeinen Preistreiberei erzeugt, es wurden Illusionen erzeugt, wie diese Situation zu ändern ist, es wurden Illusionen über die derzeitigen Kräfteverhältnisse erzeugt.

Dementsprechend änderte die Kampagne der Bürgerinitiative: Bei der letzten Aktion der Bürgerinitiative, der öffentlichen Verbrennung der Unterschriften, ist diesen Leuten die Ironie anscheinend entgangen: was von dieser ganzen illusionären Politik übrigblieb war nichts als ein Häufchen Asche.

## Kampf der Sozialpartnerschaftslinie!

Die Gewerkschaftsjugend (im folgenden GJ) hat sich allerdings nicht an diese illusionäre Politik binden lassen, sie hat klargemacht, daß der Abwehrkampf nur von dort aus zu führen ist, wo die Arbeiterklasse als die Produzenten des gesamten gesellschaftlichen Reichtums, als Verkäufer ihrer eigenen Arbeitskraft vereint ist und von wo aus sie die ganze Kraft ihrer Klasse entfalten kann: von Betrieb und Gewerkschaft aus. Dies bedeutet, den gewerkschaftlichen Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten und ihres Staates zu organisieren.

Doch ist der gewerkschaftliche Kampf heute schwach entwickelt. Die herrschende sozialdemokratische Linie in den Gewerkschaften behindert die Entfaltung einer Politik, die sich an den Interessen der Arbeiterklasse orientiert. Diese Linie bedeutet Politik der Zusammenarbeit mit dem Kapital. Sie orientiert sich an der gesamt wirtschaftlichen Lage

Sie orientiert sich an der gesamt wirtschaftlichen Lage, den volkswirtschaftlichen Daten, d.h. faktisch an den Interessen des Monopolkapitals.

Durch eine jahrzehntelange Sozialpartnerschaftspolitik hat die sozialdemokratische Gewerkschaftspolitik eine weitgehende Bindung der Arbeiterklasse an die bürgerliche Ideologie vom klassenneutralen Staat und vom Gemeinwohl erreicht. Sie liefert damit die Arbeiterklasse hilflos den Angriffen der Bourgeoisie aus. In allen Lohnkämpfen der vergangenen Jahre konnten die das Reallohniveau senkenden Lohnleitlinien der Regierung durchgesetzt werden. Doch dagegen hat sich in den Gewerkschaften ein wachsender Widerstand entwickelt. Die noch schwache proletarische Linie in den Gewerkschaften ist Ausdruck dieses Widerstandes und des Bewußtseins, daß in dieser Gesellschaft die Arbeiter sich nur dann erfolgreich wehren können, wenn sie von ihren eigenen Interessen ausgehen und sich auf ihre eigene Kraft als Klasse im solidarischen Kampf stützen, daß sie sich nur dann erfolgreich wehren können, wenn sie nicht auf die Brosamen vom Tisch der Kapitalisten warten, die durch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit vielleicht zu erreichen sind.

In einer Situation, in der die Klassenkämpfe von Seiten des Proletariats nur wenig entfaltet sind und die Bourgeoisie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln jeden Protest niederzuschlagen versucht, wie es sich z.B. bei den brutalen Polizeieinsätzen in Hannover und anderen Städten gezeigt hat, in dieser Situation konnte es nicht darum gehen, nur die Parole: "Verhindert die Fahrpreiserhöhungen!" auszugeben, sondern es mußte klargestellt werden, daß erstens die Fahrpreiserhöhungen nur Teil einer Kette von Maßnahmen sind, die allesamt Lohnraub bedeuten, und von daher zweitens nur der gewerkschaftliche Kampf der Arbeiterklasse die Perspektive für einen erfolgreichen Abwehrkampf gibt. Gerade in Freiburg mußte man jede gewerkschaftliche Initiative, die entgegen der sozialdemokratischen Linie der DGB-Führung den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen aufnahm-